

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
179 · Ausgabe BL·BS · Dezember 2018



Visionen statt Autobahnen

Gegen die Bevölkerung?

Die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland haben zusammen mit dem Bundesamt für Strassenbau (ASTRA) einen Plan ausgeheckt. Sie wollen neue Autobahnen im Gebiet Bottmingen, Binningen, Allschwil und Bachgraben bauen. Dies obwohl Basel-Stadt 2010 per Volksentscheid zur Reduktion des Autoverkehrs um 10 Prozent bis 2020 verpflichtet wurde und Autobahn-Ausbauten nur noch realisiert werden dürfen, wenn dadurch die Kapazität des Strassenetzes insgesamt nicht erhöht wird. Auch die BaselbieterInnen haben sich gegen zusätzliche Autobahnen ausgesprochen und 2015 den geplanten Autobahnring Leimental – Birseck-Allschwil (ELBA) deutlich abgelehnt. Die beiden Regierungen missachteten mit dem geplanten Westring also klar den Volkswillen.



Danielle Kaufmann,
Grossrätin



Jan Kirchmayr, Landrat

Nicht nachhaltig

In Zeiten des Klimawandels wirkt es bizarr, an einen massiven Ausbau von Autobahnen zu denken. Denn dieser schafft in erster Linie zusätzlichen Autoverkehr. Die Realisierung eines solch gigantischen Projektes wie der Westring braucht Jahrzehnte und kostet immens viel Geld. Bis dahin entsprechen die dem Wes-

tring zu Grunde liegenden Mobilitätsvorstellungen längst nicht mehr den dann vorhandenen Bedürfnissen.

Falsche Prioritäten

Wo bleibt der Ausbau des ÖV, wo das Herzstück? Dieses wurde vom Bundesamt für Verkehr nicht in den Ausbau der Bahninfrastruktur 2035 aufgenommen. Der Bundesrat wird sich darüber erst im 2026 Gedanken machen. Der Bau des Herzstücks ist damit auf unbekannte Zeit verschoben. Der Bund und die beiden Kantonsregierungen setzen damit falsche Prioritäten. Sie planen und bauen lieber neue Autobahnen, anstatt das viele Geld in neue Formen von Mobilität zu investieren. Sie verfolgen lieber die Strategien des letzten Jahrhunderts, statt Visionen zu entwickeln für eine ökologische und nachhaltige Lebensweise.

Visionen für die Region

Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, müssen wir an die Arbeit gehen. Wir brauchen Lösungen, die umweltfreundlich, platzsparend und lärmreduzierend sind. Wir brauchen Visionen, wie die Region Basel trotz Bevölkerungszuwachs nicht erstickt in mehr Verkehr, mehr

Lärm und mehr Abgasen. Deshalb fordern wir mit einer Motion der Basler Regierung dazu auf, sich verbindlich gegen die Planung der zusätzlichen Stadtautobahnen Westring (auch unterirdisch) und der damit erweiterten Strassenkapazitäten einzusetzen. Der Planungsstopp soll 10 Jahre gelten oder so lange, bis die Finanzierung des alternativen Schienenprojekts Herzstück gesichert ist und Elektromobile einen Marktanteil von mindestens 50 Prozent haben.

Im Baselbiet möchten wir, neben der Förderung des öffentlichen und des Langsamverkehrs, einerseits ein Park & Ride-Konzept und andererseits die Förderung von Fahrgemeinschaften. In einem Vorstoss fordern wir die Regierung dazu auf, an neuralgischen Orten wie Kreuzungen oder Autobahnausfahrten Spuren für Autos zu reservieren, in welchen mehr als eine Person sitzt. Unser Ziel ist klar und zukunftsgerichtet. Sinnloser Betonbau ist von vorgestern.

Wem gehört der Planungsmehrwert?

DAS GESETZ ÜBER DIE ABGELTUNG VON PLANUNGSMEHRWERTEN IST EIN ABSTRAKTES THEMA. WORUM GEHT ES EIGENTLICH?



Thomas Noack,
Landrat

Einfach gesagt: Je mehr und je dichter auf einem Grundstück gebaut werden darf, desto wertvoller wird es. Dieser Mehrwert basiert auf einer Änderung eines Zonenplans bzw. eines Quartierplans. Diese Planung wird

durch eine Gemeindeversammlung oder einen Einwohnerrat beschlossen. Warum sollte der Gewinn aus der Planung – der Planungsmehrwert – nur dem Eigentümer des Grundstücks bzw. dem Investor zustehen und nicht ein Teil davon auch der Gemeinde und damit der Öffentlichkeit? Diese hat schliesslich die Planung beschlossen und damit den Mehrwert generiert.

Die Vorlage, über die am 10. Februar 2019 abgestimmt wird, sieht explizit keine Abgeltung des Planungsmehrwerts an die Gemeinden bei Um- oder Aufzonungen vor. Würden hingegen die Gemeinden am Planungsmehrwert teilhaben, hätten sie finanzielle Mittel, um den öffentlichen Raum in diesen dicht bebauten Quartieren aufzuwerten. Also z. B. um einen Spielplatz einzurichten, eine Parkanlage und attraktive Fusswege zu bauen oder öffentliche Plätze für die Menschen in

diesen Quartieren zu gestalten. Diese Massnahmen dienen unmittelbar der Lebensqualität. Sie werden aber heute leider oft nicht realisiert, weil es den Gemeinden an den notwendigen finanziellen Mitteln fehlt. Geht es nach dem Landrat, bleibt der gesamte Mehrwert aus einer Planung beim Grundeigentümer. Die Öffentlichkeit hingegen muss die mit der zunehmenden baulichen Dichte immer notwendiger Aufwertung des öffentlichen Raums über Steuergelder finanzieren. Das ist falsch! Zudem widerspricht das ausdrückliche Verbot, dass die Gemeinden bei Um- oder Aufzonungen eine Mehrwertabgabe erheben können, der in der Verfassung festgeschriebenen Gemeindeautonomie.

Nach dem Motto «für alle statt für wenige» ist deshalb das Gesetz am Abstimmungswochenende vom 10. Februar 2019 abzulehnen.

PRÄMIEN-INITIATIVE: ENTLASTUNG BRAUCHT ES MEHR DENN JE!

«Ja zur Entlastung!» – leider hat dieser Weckruf «nur» knapp 46 Prozent der Stimmenden im Baselbiet erreicht. Allen, die sich in den letzten Wochen und Monaten mit immensen Engagement für die Prämien-Initiative eingesetzt haben, sei ganz herzlich gedankt. Wir können festhalten: Kaum jemand hat bestritten, dass es im Baselbiet mehr Prämienverbilligungen braucht. Ein Achtungserfolg immerhin. Leider wirkt sich das noch nicht aus im Portemonnaie. Deshalb lassen wir nicht locker.

Nicht im Kanton: Die hohe Zustimmung zu unserer Initiative macht klar, dass der Kanton die Prämienverbilligungen deutlich erhöhen muss. Die SP verlangt, dass mindestens das Niveau von 2010 wieder erreicht werden muss.

Auch nicht auf Bundesebene: Die SP Schweiz lanciert im Wahljahr 2019 eine nationale Prämien-Initiative. Sie will dasselbe, was wir im Baselbiet verlangt haben: Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassen-Prämien ausgeben müssen. Dafür gehen wir wieder auf die Strasse und sammeln Unterschriften. Denn Entlastung braucht es mehr denn je!

Ruedi Brassel, Parteisekretär

2x JA ZUR ECHTEN SPITAL-PARTNERSCHAFT

Gerade in der Gesundheitsversorgung stehen wir aktuell vor ganz grossen Herausforderungen. Dass diese nicht jeder Kanton für sich alleine bewältigen kann, bestreitet niemand. Die regionale Spitalplanung mit Basel-Stadt ist unumstritten. Die SP Baselland will, dass dem Wort auch die Tat folgt, und befürwortet auch die Fusion der beiden kantonalen Spitäler. Wir wollen eine zukunftsgerichtete Gesundheitsversorgung und eine Sicherstellung des Service Public in diesem Bereich.



**Dreikönigstreffen
der SP in Muttenz
mit Marina Carobbio**

Sonntag, 06. Januar 2019, 10:00 Uhr
Aula, Primarschule Donnerbaum
Schanzweg 20, Muttenz

AGENDA SP BL

- **Sonntag, 6. Januar, 10 Uhr**
Dreikönigstreffen mit Marina Carobbio
Aula, Primarschulhaus Donnerbaum, Schanzweg 20, Muttenz
- **Mittwoch, 9. Januar, 19.30 Uhr**
Delegiertenversammlung
Rüebmatthalle, Gassenbachweg 13, Hölstein
- **Donnerstag, 31. Januar, 18.30 Uhr**
Neumitglieder- Apéro
Poetenäscht, Dichter- und Stadtmuseum, Rathausstrasse 30, Liestal
- **Samstag, 2. Februar, 19.30–24 Uhr**
Let's dance! Tanz-Party der SP Binningen/Bottmingen
Aula Schulhaus Burggarten, Bottmingen
- **Sonntag, 10. Februar**
Abstimmungssonntag
Parolen ab 11. Januar auf sp-bl.ch
- **Mittwoch, 27. Februar, 19.15 Uhr**
Koordinationskonferenz
Markthalle, Basel



Kein Verkauf unserer Gesundheit

DIE SPITALFUSION ERFÜLLT IHRE ANGESTREBTEN ZIELE WIE DIE KOSTENDÄMPFUNG ODER OPTIMIERUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG NICHT. AUCH WENN WIR TÄGLICH MIT DEN WERBEBOTSCHAFTEN UNSERER SPITÄLER BOMBARDIERT WERDEN, ÄNDERT SICH DIESE AUSGANGSLAGE NICHT. EINZIG DER GEMEINSAMEN PLANUNG KÖNNEN WIR ZUSTIMMEN.



Sarah Wyss,
Grossrätin

NEIN zur Privatisierung!

Unser öffentlich-rechtliches Unispital wird nicht gestärkt, es wird in eine Aktiengesellschaft privatisiert. Eine Mitsprache via Parlament oder Volk ist nicht mehr möglich. Wir werden nicht mehr mitreden können, wenn es um das Wohl der PatientInnen geht.

NEIN zu schlechteren Anstellungsbedingungen!

Das Personal bekommt neu privatrechtliche Anstellungsverhältnisse. Im Staatsvertrag ist zwar die Pflicht für einen Gesamtarbeitsvertrag festgehalten. Wie dieser aussieht, steht hingegen in den Sternen. Zudem sind Verschlechterungen der Pensionskasse in Staatsvertrag und Gesetzesänderungen festgeschrieben.

NEIN zur Zementierung von Überkapazitäten!

Die Fusion zementiert unnötige Strukturen mit den vier Standorten. In Basel-Stadt haben wir die höchste Bettendichte der Schweiz, drei Mal so hoch wie der schweizerische Durchschnitt. Auch wenn auf dem

Bruderholz ein Schwerpunkt auf ambulanten Behandlungen liegen soll, wirkt die Zementierung der Strukturen kostentreibend.

NEIN zu einer ungleichen Partnerschaft!

Dieser Staatsvertrag ist keine Partnerschaft. Der Kanton Basel-Stadt bezahlt die gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Lehre und Forschung von 28 Millionen Franken alleine. Basel-Stadt trägt zwei Drittel des Eigenkapitals in der Aktiengesellschaft. Baselland bestimmt dennoch gleichberechtigt mit. Wir wollen eine Partnerschaft, aber nur eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe.

NEIN zur Spitalfusion, Ja zur gemeinsamen Planung

Aus all diesen Gründen hat die Delegiertenversammlung mit einem überwältigenden Mehr NEIN zur Spitalfusion gesagt. Ein einstimmiges JA hingegen gibt es für den Staatsvertrag Versorgung, der eine gemeinsame Planung, Regulierung und Aufsicht der Gesundheitsversorgung fordert.

Rückblick auf den Herbstanlass SP 60+ in Basel

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE – AUCH IM ALTER!

Das fordert die SP60+ in ihrer Resolution, verabschiedet am Samstag, 3. November 2018 in der Basler Markthalle. Carlo Sommaruga zeigte auf, dass der freie Wohnungsmarkt auch historisch gesehen grosse soziale Probleme verursacht und die Mieter*innenrechte sukzessive geschwächt wurden. Jörg Vitelli plädierte für ein genossenschaftliches Wohnen, auch im Alter. Er forderte dazu die Entwicklung von Wohnbaustrategien in Städten und Gemeinden. Danach wurden uns die Thurvita AG (indiv. angepasste Pflege) und die Genfer IEPA (dezentrales Modell der Stadt mit Dienstleistungen und sozial betreuter Hausgemeinschaft) vorgestellt. Genossenschaftsmodelle öffnen die Sicht auf generationenübergreifendes Wohnen, wie es die Zürcher Kalkbreite und «Zukunftswohnen» Wallisellen vormachen, deren Präsidentin, die Gerontologin Simone Gatti, Alternativen zu heutigen Wohnformen für Senior*innen fordert. Eine gelungene, informative Veranstaltung zu einem brisanten Thema, gut betreut durch die SP 60+ BL/BS.

Resolution, Positionspapiere und Umfrage sind auf der Homepage der SP 60+ Schweiz zu finden.



PAROLEN SP BS FÜR DEN 10. FEBRUAR 2019

Kantonal	• Staatsvertrag über Planung, Regulierung und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung	Ja
	• Staatsvertrag über die Universitätsspital Nordwest AG	Nein
	• Änderung des Steuergesetzes	Ja
	• Erneuerung der St. Alban-Vorstadt	Ja
National	• Zersiedelungsinitiative	Ja

AGENDA SP BS

- Dienstag, 15. Januar 2019, 19.30 Uhr
Hearing Stände- und Nationalratskandidierende QVs ABI und GUN
Markthalle Basel
- Samstag, 19. Januar 2019, 9.15 – 15.15 Uhr
Bildungsreihe: Die Schweiz im Wahljahr
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus
- Donnerstag, 24. Januar 2019, 19 Uhr
Hearing Stände- und Nationalratskandidierende QVs CWH, HK und Riehen – Klara (Raum ganz hinten), Clarastrasse 13
- Donnerstag, 31. Januar 2019, 19.30 Uhr
Hearing Stände- und Nationalratskandidierende QVs Spalen und West
Quartierzentrum Bachletten, Bachlettenstrasse 12
- Sonntag, 10. Februar 2019
Abstimmungssonntag
- Montag, 18. Februar 2019, 20 Uhr
Delegiertenversammlung mit Nomination der Nationalrats- und Ständeratskandidierenden
UNION, Klybeckstrasse 95

AUS DEM GROSSEN RAT

Ozeanium für Basel

DIE SP-FRAKTION IM GROSSEN RAT UNTERSTÜTZT DAS OZEANIUM DES BASLER ZOOS. DAS GESCHÄFT WARF FRAGEN AUF UND BRACHTE EIN RINGEN ZWISCHEN ZUSTIMMENDEN UND KRITISIERENDEN HERVOR. WAS DER GROSSE RAT AM ENDE VORGENOMMEN HAT, IST EIN GRUNDSATZENTSCHEID: WOLLEN WIR DEM ZOO BASEL UND UNSERER REGION EIN OZEANIUM ERMÖGLICHEN ODER WOLLEN WIR DIES NICHT?

Position SP allgemein

Der Zoo Basel möchte sich mit dem Grossaquarium Ozeanium räumlich ausdehnen und sein bestehendes Angebot ergänzen. Dazu präsentiert er ein ansehnliches Grossprojekt, das einem Teil unserer Stadt, der bis anhin sein Potenzial nicht ausschöpft, ein neues Gesicht gibt. Durch Spenderinnen und Spender finanziert und Berechnungen des Zoos zufolge selbsttragend, soll das Ozeanium einen Beitrag zu Umweltbildung und Naturschutz leisten, die Präsentation von wissenschaftlichen Partnern aus Naturschutz und Forschung realisieren und internationale Ausstrahlung erreichen.

Die SP-Fraktion glaubt, dass dieses Projekt gelingen kann, und möch-



Sebastian Kölliker, Grossrat

te es ermöglichen. Diese private Initiative soll ihren Platz in Basel bekommen. Die Fraktion hat sich diesen Entscheidung nicht leicht gemacht und auf offene Fragen hingewiesen.

Fragen zur Tierethik

Zentrale Fragen der SP-Fraktion betreffen die Tierethik: Ist es noch zeitgemäss, Tiere aus ihrem natürlichen Umfeld herauszunehmen und einzusperren? Welchen Effekt erzielt man dadurch tatsächlich? Fragen, die weitergedacht auch den bestehenden Zoo in Frage stellen. Doch die SP-Fraktion anerkennt, dass die Mitarbeitenden des Zoos auf die Tierethik sensibilisiert sind und sieht deshalb keinen Anlass, wegen tierethischer Diskussionen das Ozeanium zu stoppen.

Neue Formen der Vermittlung

Ebenfalls wirft die Vermittlungsarbeit des Zoos im Rahmen des Ozeaniums Fragen zur nötigen Wirkung auf. Wir fordern den Zoo auf, seine Bildungsarbeit zu modernisieren und sich auch neue Vermittlungsformen zu eigen zu machen. Die SP-Fraktion ist zuversichtlich, dass dies dem Zoo gelingen kann.

Grosses Potenzial

Mit dem Ozeanium kann unsere Region zusätzliche Strahlkraft erhalten. Dadurch hat das Ozeanium das Potenzial, einen nachhaltigen Bildungsbeitrag zu leisten. Deswegen möchte die SP-Fraktion dem privat finanzierten Projekt eine Chance geben.

AUS DEM LANDRAT

Regierung will knausern statt gestalten

NACH DEM KNAPPEN SCHEITERN DER PRÄMIENINITIATIVE GEHT DER KAMPF FÜR EINEN SOZIALEREN KANTON UND DIE STÄRKUNG DER KAUFKRAFT WEITER. IN DIESEM ZUSAMMENHANG STEHEN AUCH DIE VON DER SP EINGEREICHTEN ANTRÄGE ZUM BUDGET 2019. WIR WOLLEN DAMIT EINE POLITIK INITIIEREN, DIE IN DIESEM KANTON BEWUSST GESTALTET. LEIDER WILL DER REGIERUNGSRAT LIEBER KNAUSERN UND LEHNT DESHALB SÄMTLICHE ANTRÄGE ZUM BUDGET 2019 AB.

Der Regierungsrat stellt zwar einen Teuerungsausgleich von 1,4 Prozent in Aussicht, aber er will damit auch die 1 Prozent Lohnkürzung ausgeglichen haben. Doch das genügt in Anbetracht der Rückstände der letzten Jahre nicht. Selbst der Vorschlag einer Anpassung der Treueprämien für langjährige Mitarbeitende fand beim Regierungsrat keine Gnade. Wie gross die Angst der Regierung vor der Meinung des Kantonspersonals ist, demonstriert die Abweisung des Budgetantrags, der endlich die längst fällige Durchführung der Mitarbeitendenbefragung verlangt.

Um endlich die Entlastung im ÖV und auf den Strassen vorwärts zu bringen, fordern wir im Hoch- und Tiefbau zusätzliche Stellen. Diese werden samt und sonders abgelehnt.



Mirjam Würth ist Vizepräsidentin der Finanzkommission

Damit werden auf dem Buckel der Bevölkerung weitere Projektverzögerungen und die andauernde Überlastung von ÖV und Strassen in Kauf genommen.

Unsere Flussläufe und Felder werden von invasiven Neobiolen überwuchert, das schert die Bau- und Umweltdirektorin nicht, der der Sinn für Nachhaltigkeit abhandengekommen ist. Das zeigt sich an ihrer Argumentationslinie gegen die dringend notwendige Bekämpfung der invasiven Pflanzen- und Tierarten. Sie will der exponentiellen Ausbreitung von invasiven Arten tatenlos zusehen, beruft sich auf einen vom Landrat längst überholten Beschluss und verschiebt die Intervention auf den St. Nimmerleinstag. Im Kultur- und Bildungsbereich wird die dringend

erforderliche Aufstockung des Kredits für Baselbieter Kulturprojekte und Kleinproduktionen abgelehnt. Zudem fehlt es an der Bereitschaft, das reduzierte Freifachangebot in den Gymnasien wieder aufzustocken.

Eine Vorwärtsstrategie vermissen wir bei der Gesundheitsprävention, wo die Einführung einer unentgeltlichen schulärztlichen Untersuchung auf Sekundarschulstufe in den Wind geschlagen wird. Ausserdem wird viel zu wenig getan, um die hohe Krankenkassenprämienlast im Haushaltsbudget zu vermindern.

Leider sieht es auch im Hinblick auf die Landratsdebatte nicht gut aus. Umso wichtiger ist es, dass wir bei den Wahlen im März die Mehrheitsverhältnisse verändern.